

Fragen an die Parteien

1. Welche Maßnahmen werden Sie im Falle einer Regierungsbeteiligung in Wien setzen, um Wohnungslosigkeit zu verhindern und in Wien nachhaltig zu beenden?

Im Jahr 2023 waren laut Statistik Austria 20.573 Personen in Österreich offiziell als obdach- bzw. wohnungslos registriert. Im Jahr davor waren es 19.800. Das ist ein Anstieg von 4 %, der größte Anstieg seit 2013. Österreichweit waren im Jahr 2023 insgesamt 6.574 Frauen von Obdach- oder Wohnungslosigkeit betroffen, das sind 32 %. In Wien leben 55 % aller im Jahr 2023 registrierten obdach- oder wohnungslosen Menschen. Das sind 11.400 Menschen, 3.619 davon sind Frauen.

2. Welche Maßnahmen wollen Sie als Teil der zukünftigen Regierung in Wien setzen, um leistbares Wohnen für alle, aber insbesondere für junge Erwachsene, zu ermöglichen?

Österreichweit sind 11 % der obdach- und wohnungslosen Menschen zwischen 18 und 24 Jahre alt (2023). In Wien sind laut Fonds Soziales Wien 20 % der im Rahmen der Wiener Wohnungslosenhilfe betreuten Menschen (2023: 12.750) zwischen 18 und 30 Jahre alt.

*Junge Erwachsene sind eine Gruppe mit besonderen Bedarfen, auch, wenn es ums Wohnen geht. Aktuell werden diese Bedarfe in sozial- und wohnpolitischen Strategien jedoch zu wenig berücksichtigt, etwa beim Zugang zu leistbarem Wohnraum: Die notwendigen Meldezeiten für das Wiener Wohn-Ticket für Jungwiener*innen (mindestens zehn Jahre im Haushalt der Eltern und zwei Jahre durchgehende Meldung an einer Wiener Adresse) schließen viele Junge aus – insbesondere jene, die ohnehin strukturell benachteiligt sind und besonders auf eine eigene leistbare Wohnung angewiesen wären.*

Antworten der Parteien

[SPÖ](#)

[Grüne](#)

[NEOS](#)

[FPÖ](#)

SPÖ

Welche Maßnahmen werden Sie im Falle einer Regierungsbeteiligung in Wien setzen, um Wohnungslosigkeit in Wien zu verhindern und in Wien nachhaltig zu beenden?

Als führende Wiener Regierungspartei ist uns die Hilfe für wohnungslose Menschen ein sehr wichtiges Anliegen. Die Stadt Wien unterstützt darum gemeinsam mit der Wiener Wohnungslosenhilfe des FSW wohnungslose Menschen in Kooperation mit einer Vielzahl an professionellen Einrichtungen. Ziel ist es, wohnungslosen Menschen neben der Bereitstellung von Akutmaßnahmen den Weg zurück von der Straße in ein eigenständiges Leben zu ermöglichen. Diese Maßnahmen werden wir auch in Zukunft fortführen und, wo es gebraucht wird, weiter ausbauen.

Darüber hinaus liegt unser Fokus auf der Ursachenbekämpfung, damit die Menschen in Wien gar nicht erst in die Lage kommen, wohnungslos zu sein. Diese Haltung prägt unsere Politik, gerade in herausfordernden Zeiten. Wir spinnen in Wien ein sicheres soziales Netz, auf das man sich verlassen kann. Gegen die Teuerung haben wir rasch reagiert – mit gezielten Unterstützungen wie

dem Wiener Teuerungsausgleich. Unser Engagement für leistbaren Wohnraum zeigt sich in neuen Gemeindebauten, Sanierungsoffensiven und einem fairen, transparenten Wohnungsvergabesystem. Gleichzeitig investieren wir in die berufliche Zukunft der Menschen, um neue Perspektiven zu eröffnen: Wir vermitteln Jugendlichen und jungen Erwachsene durch Programme wie der Joboffensive 18plus, dem Jugendcollege und dem College 25+ Arbeitsplätze mit fairen Arbeitsbedingungen und arbeitslos gewordene Menschen integrieren wir durch Qualifikationsmaßnahmen wie z.B. die neue Frauenarbeitsstiftung oder die Joboffensive 50plus wieder in den Arbeitsmarkt.

Welche Maßnahmen wollen Sie als Teil der zukünftigen Regierung setzen, um leistbares Wohnen für alle, insbesondere für junge Erwachsene, zu ermöglichen?

Die SPÖ Wien setzt sich für leistbaren Wohnraum durch den Ausbau des geförderten Wohnbaus und leistbare Mieten ein. In den nächsten Jahren entstehen darum insgesamt 22.200 geförderte Wohnungen, die leistbaren Wohnraum für 45.000 Menschen schaffen. Zusätzlich soll das Wohnungsangebot durch die Vermietung derzeit leerstehender Wohnungen im Rahmen einer „Leerstandsabgabe“ mobilisiert werden. Mit dem Wiener Wohn-Ticket für Jungwiener:innen unterstützt die Stadt Wien speziell junge Menschen bei der Suche nach einer leistbaren Wohnung. Das Wiener Wohn-Ticket wird in Zukunft für alle zielgerichteter: Statt fixen Wohnbedarfsgründen wird zukünftig ein flexibles System durch die Vergabe von (Bonus-)Punkten, welche die individuellen Lebenssituationen widerspiegeln, eingeführt. Um Mieter:innen am privaten Wohnungsmarkt zu unterstützen, wurden im März 2024 die Mittel für die Wohnbeihilfe NEU aufgestockt und der Bezieher:innenkreis erweitert. Aufgestockt wurde 2024 auch das Case-Management in den Wiener Gemeindebauten: In 75 Prozent aller Fälle konnte so der drohende Verlust der Wohnung erfolgreich verhindert werden.

Grüne

Welche Maßnahmen werden Sie im Falle einer Regierungsbeteiligung in Wien setzen, um Wohnungslosigkeit in Wien zu verhindern und in Wien nachhaltig zu beenden?

Wir Grüne haben einen 6-Punkte-Plan, mit dem Wien zur ersten europäischen Metropole werden kann, die Wohnungslosigkeit beendet.

Wohnen in Wien ist in den letzten Jahren immer teurer geworden. Das hat auch Auswirkungen auf die Wohnungslosigkeit. Im Jahr 2023 waren 11.400 Menschen in Wien wohnungs- und obdachlos gemeldet. Die Zahl der Delogierungen steigt. Und auch im öffentlichen Raum schlafen Menschen vermehrt auf der Straße oder in Parks.

Das alles muss nicht so sein. Denn Wien hat die besten Voraussetzungen die Wohnungslosigkeit zu beenden. Der Anteil des sozialen Wohnbaus ist in keiner anderen europäischen Stadt so groß und die Wiener Wohnungslosenhilfe ist professionell und breit aufgestellt.

Prinzipiell hat Wien eine gut funktionierende Wohnungslosenhilfe, engagierte Mitarbeiter:innen und Organisationen und eine fortschrittliche strategische Ausrichtung auf Housing First. In einem nächsten Schritt braucht es aber mehr leistbare Wohnungen, um das Housing-First-Konzept konsequent umsetzen zu können.

Der Grüne 6-Punkte-Plan zur Beendigung der Wohnungslosigkeit in Wien

Um Wohnungslosigkeit in Wien zu beenden, braucht es eine gemeinsame Strategie der zuständigen Stellen in der Stadt. Die Prävention und Beendigung von Wohnungslosigkeit ist nicht nur eine Aufgabe des Fonds Soziales Wien, sondern muss von Sozial-, Wohn- und Planungsressort gemeinsam getragen werden.

1. Ausreichend Wohnungen für Housing First

Die nötigen Wohnungen sollen durch verbindliche Quoten aus den verschiedenen Segmenten des Wohnungsmarktes (kommunal, gefördert und privat) kommen:

- Bestehende Wohnungen für Housing First: Aus freierwerdenden Wohnungen soll eine Quote aus kommunalem Wohnbau und ausfinanzierten geförderten Wohnungen zum Angebot beitragen.
- Neue Wohnungen für Housing First: Im Neubau können bestehende Instrumente zur Festlegung von verpflichtenden Quoten genutzt werden, wie etwa Wohnbauförderungsrichtlinien, Bauträgerwettbewerbe oder städtebauliche Verträge.

2. Platz schaffen: Mehr sozialer Wohnbau

- 10.000 neue Gemeindewohnungen bis 2030: Um den Anteil des Gemeindebaus trotz Wachstum der Stadt zu halten, braucht es jährlich mindestens 2.000 neue Gemeindewohnungen.
- 25.000 neue gemeinnützige Wohnungen bis 2030: Das Wohnbauressort muss die Wohnbaufördergelder wieder zweckgebunden für sozialen Wohnbau einsetzen. 630 Millionen an Einnahmen für Wohnbauförderung wurden 2020-22 nicht für die Wohnbauförderung verwendet.
- Vorrang für sozialen Wohnbau bei der Widmung: Das Planungsressort muss dem sozialen Wohnbau den Vorrang einräumen und ausreichend Fläche bereitstellen.

3. Wohnungen mobilisieren: Leerstand sicher vermieten

- Einführung einer Leerstandsabgabe: Zehntausende Wohnungen stehen in Wien leer. Die Bundesländer haben die volle Kompetenz für eine Leerstandsabgabe übertragen bekommen jetzt gibt es keine Ausreden mehr.
- Städtische Wohnungsplattform: Analog zu den Projekten "Sicher Vermieten" in Vorarlberg und Tirol soll Eigentümer:innen die Leerstandsabgabe erlassen werden, wenn diese ihre Wohnungen über eine städtische Plattform vermieten lassen. Ein Drittel dieser Wohnungen soll der Wohnungslosenhilfe zur Verfügung gestellt werden. Soziale Einrichtungen sollen hier eingebunden werden.

4. Einheitliches Wohngeld: Maximal ein Viertel des Einkommens fürs Wohnen

- Vereinfachung der Wohnkostenunterstützung: Die Zusammenführung von Wohn- und Mietbeihilfe zu einem einheitlichen Wohngeld stellt sicher, dass niemand mehr als 1/4 des Haushaltseinkommens für eine angemessene Wohnung ausgeben muss.
- Ausbau der Wohnbeihilfe für Menschen in Ausbildung wie Lehrlinge, Studierende oder Menschen in Umschulungsphasen.

5. Wohnen sichern: Ausbau der Delogierungsprävention

- Prävention ab dem ersten Mietrückstand: In Mietverträgen soll künftig geregelt werden, dass Hausverwaltungen ab einem Mietrückstand über einer Monatsmiete eine soziale Delogierungsberatung für Mieter:innen beiziehen können. Die Stadt soll die Ausweitung der

Delogierungsberatung finanzieren und mit einem Gütesiegel "Soziale Hausverwaltung" jene Hausverwaltungen auszeichnen, die bereit sind, mitzumachen.

- Delogierungen wegen Mietrückstand im Gemeindebau reduzieren: 2023 wurden im Gemeindebau 748 Haushalte wegen Nichtzahlung des Mietzinses delogiert. Statt auf Delogierungen soll auf gelindere Mittel zurückgegriffen werden.

6. Schutz sicherstellen: Ganzjährige Notversorgung, Sozial- und Rückkehrberatung

- Niemand soll auf der Straße schlafen müssen: Für Menschen ohne sozial-rechtliche Ansprüche muss die Sozial- und Rückkehrberatung durch eine ganzjährige Notversorgung ergänzt werden. Aktuell deckt das Winterpaket nur den Zeitraum zwischen Anfang November und Ende April ab. Die Notversorgung soll außerdem ganztägig angeboten werden.
- Psychische Versorgung: Es braucht eine aufsuchende und niederschwellige psychosoziale Versorgung für Obdachlose im öffentlichen Raum. Die Stadt Wien ist hier gefordert, die nötigen Ressourcen für einen Ausbau zur Verfügung zu stellen.
- Europäische Sozialstandards: Die Stadt Wien muss sich für europäische Sozial-Standards einsetzen. Nur die Abschaffung der sozialen Ungleichbehandlung von Unionsbürger:innen kann das Problem fehlender sozialrechtlicher Ansprüche langfristig lösen.

Welche Maßnahmen wollen Sie als Teil der zukünftigen Regierung in Wien setzen, um leistbares Wohnen für alle, aber insbesondere für junge Erwachsene, zu ermöglichen?

Neben einer Offensive im sozialen Wohnbau, mit der wir bis 2030 25.000 gemeinnützige Wohnungen und 10.000 Gemeindewohnungen auf den Weg bringen wollen, wollen wir folgende Maßnahmen spezifisch für junge Erwachsene setzen:

a) Wohnungskautionsfonds:

Nach dem Vorbild von Graz und Salzburg soll ein Fonds geschaffen werden, der beim Anmieten einer Wohnung hilft. So müssen junge Menschen keine hohen Kautionsbeträge mehr aufbringen, was die finanzielle Belastung reduziert.

b) Zugang zum Gemeindebau für junge Menschen erweitern:

Junge Menschen unter 30 Jahren, die in Wien studieren oder eine Ausbildung machen, sollen Zugang zum Gemeindebau und sozialen Wohnbau erhalten – unabhängig davon, ob sie zuvor 10 Jahre in Wien gewohnt haben.

c) Wohnbeihilfe auch für junge Menschen in Ausbildung:

Das Grüne Wohngeld soll künftig auch Lehrlinge, Studierende und andere Menschen in Ausbildung unterstützen. Bisher sind diese Gruppen von der Wohn- und Mietbeihilfe zum Teil ausgeschlossen. Das neue Modell berücksichtigt auch WG-Konstellationen und soll auch bei Studierendenwohnheimen zum Einsatz kommen.

d) Attraktivierung von Studentenwohnheimen:

Um der steigenden Zahl von Studierenden gerecht zu werden, soll das Angebot an leistbaren und geförderten Wohnheimplätzen ausgebaut und die bestehenden Heime attraktiver gestaltet werden. Oftmals entsprechen die vorhandenen Heime nicht den Bedürfnissen der Studierenden.

e) Senkung der Energiekosten:

Für viele junge Menschen machen Energiekosten einen wesentlichen Teil der Wohnkosten aus. Mit Förderungen für Sanierungen, Hitzeschutz und Dekarbonisierung von Heimen sowie kostenlosen Energieberatungen sollen diese Kosten gesenkt werden.

Mehr dazu: <https://wien.gruene.at/news/wohnen/5-punkte-paket-leistbares-wohnen/>

Außerdem fordern wir für alle Wiener:innen faire Mietzins-Obergrenzen, die mit den derzeit herrschenden Fantasiepreisen Schluss machen. Lagezuschläge müssen abgeschafft und befristete Mietverträge klar eingeschränkt werden. So wird deine Miete transparent, nachvollziehbar und vor allem wieder leistbarer. Zudem soll das Mietrecht wesentlich mehr Gebäude schützen und geregelte Mieten für alle Häuser gelten, die älter als 25 Jahre sind.

NEOS

Welche Maßnahmen werden Sie im Falle einer Regierungsbeteiligung in Wien setzen, um Wohnungslosigkeit in Wien zu verhindern und in Wien nachhaltig zu beenden?

Im Bundesregierungsprogramm haben wir unser Bekenntnis zu „Housing First“ verankert. Um jungen, wohnungslosen Menschen gesellschaftliche Teilhabe und den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen, haben wir in Wien zusätzlich Projekte wie das neue LAB65 geschaffen: Wir befürworten innovative Lösungen zur Verbesserung der Situation von Menschen, die von Wohnungs- und Obdachlosigkeit betroffen sind. Weiters sollen Notschlafstellen 365 Tage im Jahr in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen – auch im Sommer.

Ressourcen für die aufsuchende, mobile Sozialarbeit wollen wir erhöhen, damit Herausforderungen vor Ort identifiziert und mit möglichst niederschweligen Angeboten begegnet werden können.

Welche Maßnahmen wollen Sie als Teil der zukünftigen Regierung setzen, um leistbares Wohnen für alle, insbesondere für junge Erwachsene, zu ermöglichen?

Die Schaffung von neuem Wohnraum und die Beseitigung kostentreibender städtischer Regularien sind die effektivsten Hebel, um die Preise für Wohnen nachhaltig zu senken. Mit einem Fairness-Paket für Gemeindebauten wollen wir außerdem sicherstellen, dass geförderte Wohnungen primär Wiener:innen zur Verfügung stehen, die wirklich darauf angewiesen sind. Indem wir ein Einkommensmonitoring im Gemeindebau etablieren, beseitigen wir Ungerechtigkeiten im System und erhöhen gleichzeitig die verfügbaren Mittel für Sanierungen und den Neubau von sozialem Wohnraum. Die Reform des Wohn-Tickets, einschließlich der Änderung, dass künftig ein durchgehender Hauptwohnsitz von zwei Jahren in Wien – unabhängig von der Anzahl der Adressen und Umzüge – genügt, treiben wir fort.

Junge Menschen unterstützen wir außerdem gezielt mit geförderten Wohnkonzepten wie „Smart Wohnen“ mit geringerer Eigenmiete sowie dem Wohn-Ticket für Jung-Wiener:innen, das bei der Wohnungssuche im Gemeindebau hilft.

FPÖ

Welche Maßnahmen werden Sie im Falle einer Regierungsbeteiligung in Wien setzen, um Wohnungslosigkeit in Wien zu verhindern und in Wien nachhaltig zu beenden?

Die Gemeinde Wien unter der SPÖ-Führung hat leider dafür gesorgt, dass Wohnen immer mehr zur Kostenfalle wird. Deshalb sollen Gemeindewohnungen ausschließlich an österreichische Staatsbürger vergeben werden. Darüber hinaus sollen Notschlafstellen flächendeckend in Wien zur Verfügung gestellt werden.

Welche Maßnahmen wollen Sie als Teil der zukünftigen Regierung setzen, um leistbares Wohnen für alle, insbesondere für junge Erwachsene, zu ermöglichen?

Die Mieten der Gemeindewohnungen sollen auf das Niveau von 2020 gesenkt werden, da die SPÖ gerade in diesem Bereich die Wienerinnen und Wiener belastet hat. Weiters fordert die FPÖ seit Jahren den Bau neuer Gemeindewohnungen, den die SPÖ seit 20 Jahren ergebnislos versprochen hat.